A1 Unser Einsatz gegen Hatespeech im Internet

Gremium:	LAG QueerGrün BW
Beschlussdatum:	09.08.2020

Antragstext

Als LAG QueerGrün stellen uns gegen Hass und Hetze in jeder Form und überall. Wir stehen an der Seite von LSBTTIQ*, Geflüchteten, Feminist*innen, POC, Juden, Muslim*innen und allen anderen betroffenen Gruppen. Derzeit beobachten wir, dass Hemmschwellen gegenüber verbalen Ausschreitungen gerade im Internet wegbrechen. Hass und Hetze, Homo- und Transphobie, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Fatshaming durchschwemmen Foren, soziale Netzwerke und Kommentarspalten. Unter dem Deckmantel der Anonymität verbreiten einzelne Menschen enthemmten Hass und versuchen mit ganzen Hass-Kampagnen in Kommentaren ein verzerrtes Bild einer gesellschaftlichen Stimmung abzubilden. Eine Untersuchung des Londoner Institute for Strategic Dialogue auf Grundlage von Hunderten Diskussionen unter Facebook-Beiträgen von Bild, Focus Online, Kronen-Zeitung, Spiegel Online, tagesschau.de, Welt und den ZDF-Heute-Nachrichten zeigt: Die Hälfte der Likes bei Hasskommentaren auf Facebook gehen auf nur fünf Prozent der Accounts zurück. Der Analyse zufolge lassen sich 25 Prozent der Likes auf nur ein Prozent der Profile zurückführen. Für uns ist klar: Das Verbreiten von Hass und Hetze im Internet sind keine Bagatelle.

Auch queere Menschen sind Zielscheibe dieser Online-Hass-Attacken. Trans*-Menschen und queere Jugendliche sind davon besonders betroffen.

Wir Grüne nehmen diese Entwicklung nicht einfach hin. Wir rufen alle Menschen dazu auf:

- sich individuell gegen Hass und Hetze im Internet zu stellen, die Betroffenen zu unterstützen und sich solidarisch zu zeigen. Ein Beispiel hierfür ist die Grüne Netzfeuerwehr.
- Hass und Hetze zu in Foren und in sozialen Medien über die „Meldenfunktion“ konsequent zu melden.
- Hass und Hetze über die Internetwache (https://www.polizei-bw.de/internetwache/) unkompliziert anzuzeigen, damit geschehene Hasskriminalität auch in der Kriminalstatistik entsprechend der Verstöße auftaucht

Persönliches Engagement gegen Hasskommentare sind aber nur ein Aspekt der Lösung. Wir brauchen politisch-strukturelle Verbesserungen, um die Betroffenen besser zu schützen und die Hetzer*innen zu bestrafen.

Daher fordern wir:

- Diejenigen, die strafbare Hasskommentare posten, müssen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. „Hate Speech“ ist für den demokratischen

Grundkonsens im digitalen Zeitalter in unserem Land zu einer ernsten Bedrohung geworden.

- Betreiber*innen von sozialen Medien dürfen Hasskommentare nicht einfach löschen. Gelöschte Inhalte müssen zur Strafverfolgung wieder eingestellt werden („put-back-Verfahren“) Das Outsourcen der Prüfung der Strafrelevanz an Subunternehmen lehnen wir ab.
- Bessere Schulung der Polizist*innen und der Justiz. Die Strafverfolgungsbehörden müssen technisch und personell dem digitalen Zeitalter angemessen ausgestattet werden, um anstehende Verfahren zeitnah bearbeiten zu können.
- Schwerpunktstaatsanwaltschaften für die Verfolgung von Hatespeech zu bilden und Internetwachen der Polizei auszubauen.
- Keine Klarnamenpflicht, aber eine bessere Nachverfolgung anonymisierte und pseudonymisierte Accounts
- Eine Präventions- und Bewältigungsstrategie, welche die europäischen, deutschen und länderspezifischen Maßnahmen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dort bekämpft, wo sie entstehz.
- Den Ausbau und die Unterstützung von Beratungsstellen wie HateAid, die sich Betroffenenberatung speziell für Hass im Netz kümmern.